

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsvorkauf vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verlündigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle etc.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die Kleinspaltige Garmondzelle.
Reklamen 15 Pfg. die Pettizelle.
Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
Abonnements nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 268.

Montag, den 16. November

1908.

Dr. Naumanns Reichstagsrede zum Weingesez.

Meine Herren, mein Parteifreund Hornmann hat zwar auch seinerseits den Gesetzentwurf als eine geeignete Grundblauge für eine Kommissionsberatung erklärt, aber im übrigen eine so herbe Kritik an ihm geübt, daß ich von vornherein sagen muß: ich stehe mit einem großen Teil meiner Parteifreunde dem Gesetzentwurf von Hause aus sehr viel günstiger und freundlicher gegenüber! Ich kann meistens nicht zugeben, daß der Gesetzentwurf in seiner Gesamttendenz ein Gesetz allein für die Großen und zu Ungunsten der Kleinen sei. Man muß sich nur die Zusammensetzung der Winzervereine ansehen, die dieses Gesetz seit Jahr und Tag gefordert haben, ob das etwa Vereine der Großen allein sind. Fragen wir einmal ganz offen: welche Weinfälscherinteressen kann in aller Welt der kleine Weinbauer überhaupt haben? Er hat ein wirkliches Interesse nur daran, daß die Arbeit und Mühe, die er sich das ganze Jahr hindurch gibt, man auch in einen Jahresertrag reellerweise umgekehrt wird. Und ist es nicht eine allgemeine Beobachtung — zugegeben, daß im Freihandgebiet Bremen und Hamburg die Kontrolle diejenige Strenge besitzt, von der mein Freund Hornmann geredet hat —, ist es nicht im übrigen eine allgemeine Beobachtung, daß die Weine am Oberlauf der deutschen Ströme besser zu sein pflegen, als wenn sie bis an die Mündungen der Ströme hinabgewandert sind? (Hört! hört! und sehr gut! rechts.) Diejenigen nun, die irgendwo am Oberlauf der deutschen Ströme auf ihren Weinbergen arbeiten, haben das Bedürfnis, daß der Qualitätsbegriff des Weines als solcher hergestellt wird, und zwar begeben sie sich da mit einer ganz allgemeinen Strömung im gegenwärtigen deutschen Kultur- und Gewerbeleben. Ich brauche nur kurz darauf hinzuweisen, daß wir auf sehr vielen Gebieten der Fertigung heute die Bewegung haben: von dem „billig und schlecht“ hinweg zur Echtheit und zur Qualitätsware, die ihre höheren Preise fordert, damit aber ihre Arbeitskräfte auch hinreichend belohnen kann. Diese Gesamtentwicklung zur Echtheit auch aus sozialpolitischen Gesichtspunkten ist ja schon vom Herrn Abgeordneten David hervorgehoben worden, und es freut mich, daß dieser Kulturgedanke, daß unsere Arbeit nur an wirklich gute Ware gesetzt werden soll, in Form des Gesetzentwurfs von rechts und links bei Anerkennung findet.

Ich brauche nicht noch einmal zu wiederholen, daß auch der kleine Weinbauer unter der Reichsuntersicherung leidet, die bis jetzt vorhanden ist. Wenn es aber doch vom Standpunkt des kleinen Weinbauers aus Bedenken gegen den Entwurf gibt, so liegen sie wohl darin, daß die Mähehaltungen, die mit einer komplizierten Buchführung zusammenhängen, für den kleinen Winzer nicht immer ganz einfach sein werden, und ich kann mir wohl vorstellen, daß manche von den kleinen Weinbauern, die heute mit Vehementheit das neue Gesetz fordern, dann, wenn das Gesetz vorhanden ist, darüber jammern werden, daß sie sich in seine einzelnen Ausführungsbestimmungen fügen müssen. Solchen wird man nachher zu sagen haben: ihr habt es vorher gewollt! Und es gibt tatsächlich keinen anderen Weg, um jene Qualitätssicherung zu erreichen, die ihr gewünscht habt, als diesen!

Daß man freilich die Qualitätssicherung mit Anstellung immer neuer Beamten erreichen muß, ist eine traurige Nebenerscheinung. Schon auf anderen Gebieten mußten wir wiederholt davon reden, daß eigentlich jede neue Gesetzgebung im Staatsleben in die Forderung ausläuft: stellt wieder, wieder Leute an, die auf Staatskosten das oder das kontrollieren müssen! Aber so sehr man diesen Entwicklungsgang im allgemeinen kritisch betrachtet und bedauern muß, so wird es nicht angehen, das Schicksal eines Berufsbezuges, wie es die Weinbauern sind, sozusagen, deshalb sinken zu lassen, weil eine ganz allgemeine Tendenz, die wir kritisieren, sich auch auf dieses Gebiet hin ausdehnt.

Fraglicher wird freilich vom Standpunkt des Weinbauers und auch des kleinen Weinbauers aus das Gesamturteil sein, wenn tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Weingesez und Weinsteuer konstatiert werden sollte. Ich bin meinerseits ebenso wenig wie Herr Abgeordneter Dr. Blankenhorn seinerseits in der Lage, in bezug auf die Weinsteuer im Namen der Partei etwas zu sagen. Aber ich kann und muß ebenso wie er auf das bestimmteste aussprechen, daß in allen Weingebieten die Idee der Weinsteuer als eine direkte Vertiefung empfunden wird, und zwar als eine Steuer, die auf die Besonderheit bestimmter Landesteile gelegt werden soll, als eine Steuer, die der Norden erfinden hat, um den Süden zu drücken. Indem ich dieser Meinung über die Weinsteuer persönlich, aber grundsätzlich Ausdruck gebe, bedauere ich, daß an zwei Stellen der Motive des Weingesez der Gedanke vorläufig fühlend angedeutet worden ist, daß man den Apparat der Kontrolle gleich-

zeitig als Besteuerungsapparat anwenden könnte. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Segnungen dieses Gesetzes von der weinbauenden Bevölkerung erkauf werden sollen um den Preis, daß man dem Weinsteuereinzähler auf diese Weise die Wegne ebnet. Heute heißt es: nur Flaschenweine kommen daran. Sobald man aber, wie es in den Motiven des Steuergesez geschieht, den Gedanken ausdrückt, daß die Buch- und Kellertontrolle überhaupt in Beziehung gesetzt werden soll mit der Steuer, dann wird man nicht bei der Flasche stehen bleiben, sondern dann wird man alle Weine für „Synonweine“ erklären wollen. (Weiterkeit.)

Unter dieser Einschränkung und vorsichtigen Gesamtbemerkung gehe ich dazu über, zu den strittigen Einzelpunkten kurz meine Meinung auszusprechen. Daß sich der Entwurf auf den Boden stellt, daß auf deutschem Gebiet die nasse Zudering in vieler Hinsicht eine Notwendigkeit ist, scheint durch die Sache einfach gegeben. Die Frage ist, ob die Grenze von 20 Prozent zu weit oder zu eng gestellt ist. Soweit ich auf Grund südburgischer Erfahrungen zu urteilen vermag, hat niemand dort ein Interesse daran, die Grenze darüber hinaus auszuweichen (Widerspruch von den Nationalliberalen) — dann will ich's weiter einschränken: nach der württembergischen Seite hin —, ebenso wie ein Interesse nicht besteht, die zeitliche Grenze über den 31. Dezember hinauszuschieben. Wir wissen wohl, daß es Landesteile gibt, die in dieser Richtung anders empfinden und andere Forderungen haben; bloß ist die Frage die, ob nicht die Verlängerung der Zeit sich praktisch in Weinverlängerung ausdrücken wird (Weiterkeit), und da man die letztere nicht wünscht, so ist man bereit, so zu sagen, um den einzelnen Tag zu markieren, und nimmt lieber den 31. Dezember als den 31. Januar, ohne allerdings das Zustandekommen des Gesetzes etwa von dieser Kalenderbestimmung allein abhängig zu machen.

Etwas schwieriger für manche Weingebiete ist die schon wiederholt besprochene Fassung von § 3. Indem ich mich auf das beziehe, was der Herr Staatssekretär des Innern über den beanstandeten Absatz ausgeführt hat, teile ich meistens die Auffassung, daß es ein volkswirtschaftlicher Fortschritt ist, wenn auf Böden, die überhaupt keine Weinböden sind, weil sie niemals eine Vollreife erzielen, auf Grund dieses Gesetzes Weinbau fernher nicht mehr möglich sein wird, so schmerzlich der Uebergang für die Betroffenen sein mag. Aber auf der anderen Seite ist die Unsicherheit, die schon am bisherigen Rechtszustand zu beklagen war, in das neue

Natur, wie schön in jedem Kleide!
Auch noch im Sterbekleid wie schön!
Sie mischt in Wehmüt sanfte Freude
Und lächelt tränen noch im Gehe.
Du, welches Laub, das niedersauert,
Wir werden schöner auferstehen.

(Johann Heinrich Voß.)

Schuldig oder nichtschuldig?

Roman nach G. M. Braeme von E. Felsing.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ich will Ihnen weder Furcht einjagen, noch möchte ich falsche Hoffnungen in Ihnen erwecken,“ erwiderte er. „Wie der Fall jetzt dasteht, sieht er wahrhaftig zweifelhaft genug aus. Ich hatte gehofft, ich würde aus Ihrer Lebensgeschichte etwas herausfinden, worauf ich wenigstens den Grundzug meiner Verteidigung hätte aufbauen können; aber die Erzählung war ziemlich einfach: von Liebe, Eifersucht oder Rache ist nichts darin enthalten.“

„Rein, es ist die einfache Geschichte, wie ein Menschenleben völlig zerstört und vernichtet werden kann!“ sagte sie leise.

„Und doch,“ bemerkte Mr. Ross langsam, „kann ich nicht umhin, Mitleid mit Ihrem Gatten zu fühlen. Gewiß war es grausam und selbstsüchtig von ihm, Sie gegen Ihren Willen zu heiraten und Ihre Liebe zu Ihrem Vater unterdrücken zu wollen; aber wenn er Sie so sehr liebte, muß er doch auch tief gelitten haben. Er muß furchtbar enttäuscht gewesen sein, als es ihm nicht gelang, Ihre Liebe zu gewinnen. Und da mußte er dieses grausamen Todes sterben in dem Glauben, daß Sie ihm das angetan hätten! Ich fühle aufrichtiges Mitleid mit ihm!“

„Ich ebenfalls!“ erwiderte sie und ihre schönen Au-

gen füllten sich mit Tränen. „Welches Unglück war es, daß wir uns je begegnen mußten! Er hätte mit einer andern glücklich werden und noch viele Jahre leben können! Und auch ich hätte glücklich werden können, wenn ich einen Mann geheiratet hätte, den ich wirklich liebte!“

„Zwei verfehlte Leben!“ sagte Mr. Ross. „Der Sonnenschein lag nicht mehr auf ihren weißen Händen, sondern schien quer über den Tisch; sie saß in Schatten gehüllt. Ihr Gesicht schimmerte marmorweiß und ihre Lippen bebten.“

„Noch eine Frage möchte ich an Sie richten,“ sagte sie, „aber ich fürchte mich davor.“

„Haben Sie keine Angst,“ erwiderte er. „Ich will Ihnen jede Frage beantworten.“

„Ich fürchte nur die Antwort,“ gab sie zurück; aber doch muß ich es wissen, — ich will es wissen!“

Sie brach heftig in ein heftiges Schluchzen aus, so leidenschaftlich und anhaltend, daß der ruhige, nachdenkliche Mann ihr gegenüber ganz bestürzt wurde.

„Ich muß Sie das fragen,“ schluchzte sie, „und doch fürchte ich mich so sehr davor. Warum, o, warum nur behandelt mich das Leben so hart? Warum ist das Schicksal so grausam gegen mich? Was habe ich denn Böses getan, um dieses — dieses leiden zu müssen?“

„Versuchen Sie, ruhiger zu werden, und dann stellen Sie Ihre Frage Mrs. Blair,“ redete Mr. Ross ihr zu.

Sie suchte mit Gewalt ihren Schmerz zu unterdrücken.

„Ich darf gar nicht daran denken,“ sprach sie schauernd. „Ich möchte diesen Gedanken nur zu gern immer wieder verschweigen, und doch muß ich endlich Gewißheit haben. Wenn es unerwartet über mich hereinbräche, wäre der Schreck für mich zu groß. So muß ich mich zwingen, danach zu fragen.“

„Was ist es, Mrs. Blair?“ fragte Mr. Ross in gütigem Ton.

„Ich fragte Sie schon einmal und Sie antworteten mir nicht,“ stammelte sie, „und das — gerade das

macht mir solche Angst! Wenn Sie mich schuldig befinden, — mich schuldig, mich, die ich unschuldig bin wie ein Kind, — aber wenn Sie mich dennoch schuldig befinden, werden sie — werden sie mich dann hängen?“

Er erschrak über die furchtbare Abgebrochenheit der Frage.

„Ich weiß es nicht!“ erwiderte er.

Sie sah ihn angstvoll forschend an.

„Sagen Sie mir wenigstens, ob auch nur die geringste Möglichkeit dafür vorhanden ist!“ stellte sie. „Ich muß — ich muß die Wahrheit wissen!“

Minutenlang blieb alles still.

„Solch eine Möglichkeit ist da!“ sagte er dann düster.

„O, was soll ich dann nur tun?“ schrie sie wild auf. „Wer wird mich vor diesem schrecklichen Tode retten?“

„Ich, — wenn es dafür eine Möglichkeit gibt!“ erwiderte Mr. Ross.

„Und wenn es dafür keine gibt?“ forschte sie bang.

„Dann, Mrs. Blair, müssen Sie Ihr Vertrauen auf Gott setzen!“ versetzte der Rechtsanwalt ernst.

„Daniel rief ihn aus der Löwengrube an und er befreite ihn. Die drei Männer im feurigen Ofen beteten zu ihm und er sandte einen Engel zu ihrer Befreiung. Die Freiheit kann Ihnen selbst noch in der letzten Stunde zuteil werden.“

„Ich habe in den Tagen des Glücks und des Glanzes wenig gebetet!“ bekannte sie leise.

„Dann beten Sie jetzt desto mehr!“ sagte der Advokat gütig. „Unsere einzige Hoffnung ist der Himmel!“

Im nächsten Augenblick hatte er sie verlassen und Nummer Einundzwanzig war wieder allein.

(Fortsetzung folgt.)

Weseg hineingenommen durch diese unsichere Bestimmung, daß sozusagen der Normalgehalt für die einzelne Gegend und Lage erst amtlich festgestellt werden muß. Soweit es möglich sein wird, in der Kommission dafür eine bessere Formulierung zu finden, werden wir unfererseits der besseren Formulierung gern unsere Aufmerksamkeit und Zustimmung zuwenden.

Wenn man aber erst einmal grundsätzlich darüber einig ist, daß die Zudering als ein normales und berechtigtes Verfahren anzusehen ist, innerhalb der vorgeschriebenen räumlichen und zeitlichen Grenzen, dann sollte sich daraus ergeben, daß auch der normalerweise gezeuerte Wein unterschiedslos die Rechte des Weines überhaupt besitzt (Abgeordneter Freiherr Heyl zu Herrnsheim: Sehr richtig!), und daß also diejenigen Bestimmungen, die bei ihm die Angabe des Weinursprungs auf der Etikette verhindern, gestrichen werden. Entweder man stellt sich auf den Standpunkt der reinen Puristen und gestattet Zudering überhaupt nicht, dann hat man ein Recht, nur für den Naturwein den Namen der Weinbergslage zuzulassen, gibt man aber durch die Gesetzgebung jene 20 Prozent unter den vorher erwähnten Bestimmungen frei, dann soll man dies auch grundsätzlich tun, um nicht Weine gar zu verschiedener Klassen nebeneinander herzustellen.

Was den Ort der Zudering anlangt, so möchte auch ich mich ähnlich ausdrücken, wie es die Herren Abgeordneten Baumann und Blankenhorn getan haben, daß es nämlich bei dem Durcheinander der Landesgrenzen in den süddeutschen Gebieten nicht angängig ist, die Zuderingmöglichkeit auf einen gar zu engen geographischen Raum zu beschränken. Das Zentrum der Weinbauern und Händler liegt ja eigentlich gar nicht in einer engen Begrenzung der Zuderinggebiete, sondern liegt darin, daß die Zudering nicht vorgenommen wird in den Gebieten, die überhaupt keine Weingebiete sind. Ihr beiderseitiges Interesse würde befriedigt sein, wenn man ganz Deutschland in zwei Zuderingmöglichkeitsgebiete zerlegen könnte, nämlich in das eine Gebiet, wo man etwas von Wein versteht, weil man dort Wein baut, und in ein anderes Gebiet, wo dies nicht der Fall ist. Wahrscheinlich muß man jedoch noch etliche weitere Grenzen dazwischenlegen. Dann aber würden auch wir wünschen, daß diese Grenzen im Wege der Gesetzgebung, und zwar der Reichsgesetzgebung gezogen werden.

Was die Namen anlangt, so ist die Möglichkeit, daß an sich gute, aber nicht besonders namhafte Weine gar zu sehr zurückgesetzt werden, wenn sie unter keinen gangbaren Namen Unterschlupf finden, eine tatsächliche Gefahr für ganze Gemarkungen mit mittlerer Weinkultur, und die Feststellung derjenigen Orte und Marken, nach denen die Namengebung erfolgt, wird noch eine große und schwere und viel umstrittene Mühe sein. Diese Mühe wiederum wird von den Weinbauern lieber den Landesgesetzgebungen vorbehalten, weil die Landesgesetzgebung allen jenen Eigentümlichkeiten der Marken und der Namensbenennung nähersteht, als es die Berliner Zentralgesetzgebung tun kann.

Ueber den schwierigen Punkt, wie die Weiß-Rotweinverschnitte zu behandeln sind, wird ja bis in das einzelne Weingebiet hinein gestritten, indem selbstverständlich der Rotweinproduzent die Sache anders aufsaht als der Produzent mittleren und geringen Weißweins und jeder von beiden seine Ansicht für die eigentlich naturgegebene und gerechte hält. Ich sehe die Formel, die in § 6 vorgeschlagen ist, als einen Mittelweg an, der ungefähr nach beiden Seiten das Rechte treffen kann, ohne von vornherein, ehe die Kommissionsverhandlungen in Gang gesetzt sind, und ehe diese schwierige Sache noch länger erörtert worden ist, mich und meine Freunde festlegen zu wollen.

Besondere Schwierigkeiten der Erörterung ergeben sich, wie Herr Dr. David schon hervorgehoben und Herr Abgeordneter Stauffer nach ihm herausgearbeitet hat, in der Behandlung des Hausstrunks. Es gibt süddeutsche Weinbauern, welche behaupten, sie wollten das ganze Gesetz nicht haben, wenn die Hausstrunkbestimmungen nicht herausfließen. Es ist zwischen kleinen Weinbauern und Arbeitern sehr oft ein strittiger Punkt, was ein richtiger Hausstrunk ist. Soweit ich mir habe ein Urteil bilden können, geht es dahin, daß, solange ein Hausstrunk beansprucht, Wein zu sein, er unter das Weingesetz gehört. Sobald aber ein Hausstrunk deklarant wird als ein Getränk, welches nicht den Anspruch erhebt, als Wein zu gelten, wird der Hausstrunk nur unter die Nahrungsmittelgesetzgebung im allgemeinen gehören, und ich werde versuchen, diesen Gedankengang, den Hausstrunk, soweit er nicht offiziell Wein sein will, aus diesem Gesetz herauszunehmen, auch in der Kommission wieder zum Ausdruck zu bringen.

Hinsichtlich der Kontrolleure hat der Herr Staatssekretär des Innern erklärt, daß dies Beamte der Einzelstaaten sein müßten. Ich finde aber, daß die Erfahrungen, die wir bei den Gewerbeinspektoren gemacht haben, nicht übermäßig ermutigend sind, denselben Weg noch einmal zu gehen. Die Anstellung durch die Einzelstaaten bringt von vornherein eine Ungleichmäßigkeit der Inspektion mit sich, und die Wirksamkeit dieses ganzen Gesetzes beruht ja gerade darauf, daß die Inspektion gleichmäßig auch auf die Gebiete, die nicht selbst Wein produzieren, ausgedehnt wird. Schon die bisherige Gesetzgebung würde den Ansprüchen in hohem Grade genügt haben, wenn sie in allen Teilen Deutschlands in gleicher Weise durchgeführt wäre. Im Grunde ist die Vorlegung des neuen Gesetzes weniger eine Kritik am bisherigen Gesetz als am bisherigen Kontrollsystem. Soll man das neue Kontrollsystem wieder in dieselben Hände gegeben werden, in denen es bisher gelegen hat, so sind wir zwar um einen Beschluß reicher geworden, aber vielleicht nicht sehr viel reicher geworden an sachlichem Fortschritt. Es wird außerdem der Gedanke der Einsetzung der Kontrolleure von Reichs wegen auch durch die Erwägung empfohlen, daß es dann leichter sein wird, die Kontrolleure auf den Gebieten, in denen Weinverstand vorhanden ist, in solche Gebiete umzutauschen, die in dieser Hinsicht weniger glücklich geboren sind (Heiterkeit), und es würde durch den Austausch der

verschiedenen Länder in bezug auf die Person der Kontrolleure einigermaßen die Gleichmäßigkeit der Ausübung garantiert werden, die wir niemals erreichen würden, solange ein jeder Bundesstaat für sich allein imstande ist, seinen Kontrolleuren außer den Anweisungen des Bundesrats auch noch einen Privatwink zu geben, ob sie scharfsichtig oder kurzichtig zu sein haben.

Ein letzter Punkt, der in Betracht kommt, ist der, daß die Vorschriften über die Buchführung nicht zu kompliziert ausfallen für das Verständnis und die Arbeitskraft gerade der kleinen Weinbauern. Die Vorlagen die bis jetzt dagesewesen sind, als Proben und Muster sind, soviel ich weiß, fast alle von den kleinen Weinbauern beanstandet worden. Sie sagen: in der Jahreszeit, wo wir so wie so das meiste zu tun haben, wo wir jeden Augenblick ausnugen bis aufs äußerste, sollen wir uns sozusagen mathematisch-statistischen Aufgaben widmen. Das erscheint ihnen zu viel. Je einfacher es möglich ist, desto besser wird es für die Gesamtheit sein. Was aber schließlich den Punkt anlangt, daß die Abstinenzbewegung als Feind des Weines angesehen wird, und man demnach die Gelegenheit benützt, entweder für oder gegen sie zu sprechen, so halte ich dafür, daß viel richtiger der Satz ist, daß wir gegen den Braunwein und für den wirklichen Wein zu sein haben, gerade wie auch in der großen französischen Bewegung die Formel immer mehr in das Bewußtsein hineingekommen ist: der Vöhr ist der Feind des Weines, und die Spirituosenverarbeiter sind die Geschmacksverderber für den natürlichen und einfachen und gesunden Weingeschmack. Diejenigen aber möchte dieser Gesegentwurf eine freiere Bahn schaffen, und deshalb wollen wir gern in der Kommission an der Vervollkommnung des Entwurfs mitarbeiten.

Rundschau.

Der Reichszanzler bleibt.

Fürst Bälou hatte, nachdem die Besprechung im Reichstag ohne formale Aktion verlaufen ist, gewonnenes Spiel. Das Reichsblatt des Kaisers, der Scherische Vokalanzeiger, kann in seiner gestrigen Nummer schon davon melden, daß Fürst Bälou wieder fest im Sattel sitzt. Er schreibt anscheinend offiziös:

„Die Nachricht ist falsch, daß Fürst Bälou neuerdings ein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Es liegt dem Kanzler bis zur Stunde keine Veranlassung hierzu vor, da der Kaiser bisher in keiner Weise zu erkennen gegeben hat, daß er mit den Ausführungen des Reichszanzlers im Reichstag nicht einverstanden sei. Andererseits haben die Sitzungen des preussischen Staatsministeriums, wie des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten dem Reichszanzler die Gewißheit verschafft, daß diese Körperschaften ihm rückhaltlos zustimmen.“

Hier ist schon gesagt, daß auch der Bundesrat auschluß gut Wetter für Bälou gemacht hat. Es wird darüber noch besonders gemeldet: „Die Aussprache im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ergab eine vollständige Uebereinstimmung aller Mitglieder mit dem vom Reichszanzler entwickelten Grundriss für die Weiterführung der äußeren und der inneren Politik. Die leitenden Minister der fünf größten Bundesstaaten nächst Preußen erklärten sich mit der Haltung des Reichszanzlers einverstanden. Zunächst wurde in der Sitzung die Reichsfinanzreform besprochen, dann erstattete Fürst Bälou einen Bericht über die Entwicklung der Casablanca-Affäre. Es wurde mit Befriedigung Kenntnis davon genommen, daß man auf dem Wege einer gütlichen Beilegung ist. Sodann wurde die durch das Kaiser-Interview geschaffene Lage besprochen. Beschlüsse, zu denen übrigens auch nur das Plenum des Bundesrats befugt ist, wurden nicht gefaßt. An der Sitzung des Ausschusses nahmen als Vertreter Württembergs teil Ministerpräsident v. Weizsäcker und Bevandter Frhr. v. Barnbüler.“

Andererseits wird von Berlin gemeldet: Von dem konservativen Abgeordneten v. Pappenheim, der mit dem Finanzminister Frhrn. v. Rheinbaben in der Budgetkommissionssitzung zusammen war, wird die Behauptung ausgesprochen, daß das preussische Staatsministerium in seiner letzten Sitzung die Forderung nach Garantien gegen das persönliche Regiment aufgestellt habe.

Es wird sich jetzt nur noch darum handeln, wie Kaiser und Kanzler mitkommen über die Sache denken. Fürst Bälou wird nicht in Donaueschingen, wie gemeldet war, sondern am Montag in Kiel dem Kaiser Vortrag halten. Diese Besprechung soll angeblich die Entscheidung der Krisis bringen. Wie diese Entscheidung ausfällt, darüber ist niemand im Zweifel. Fürst Bälou wird bleiben.

Eine Gefahr besteht allerdings für den Reichszanzler und das ist die Stellungnahme der Konservativen. Die Konservativen verübeln es dem Reichszanzler, daß er am zweiten Tag der Reichstagsdebatte, als heftige Angriffe gegen den Kaiser geschleudert wurden, diesen nicht in Schutz genommen habe. Es wäre möglich, daß der Kanzler über diesen Stein stolpert.

Neue Kaiser-Enttüllungen.

kommen aus Holland. Das Haager „Baderland“ veröffentlicht aus Anlaß der Mitteilung des deutschen Kaisers betreffs des Burenkrieges einige Enttüllungen aus den nachgelassenen Papieren eines Diplomaten, die recht abenteuerlich klingen. Hiernach habe die Königin Wilhelmina auf Veranlassung des Ministers des Aeußeren de Beaufort sich schriftlich, aber vergebens bei Kaiser Wilhelm für Präsident Krüger verwandt. Nach dem Krieg habe Kaiser Wilhelm befürchtet, die wachsende Erbitterung Englands über die Stellungnahme des deutschen Volkes im Burenkrieg könne zu einem europäischen Krieg führen. Er habe daher zu erkennen gegeben, daß in solchem Fall die holländischen Kräfte befestigt werden müßten. Als der japanisch-russische Krieg ausbrach, habe der Kaiser an die Königin einen Brief geschrieben, worin er an-

kündigte, die Hafensperre werde durchgeführt werden, wenn Holland sich nicht sofort in Verteidigungszustand gegen England stelle. Die Königin teilte enttäuscht den Brief dem Ministerpräsidenten Krüger mit, worauf Krüger einige Forts in Ordnung bringen ließ. Krüger habe den großen Fehler begangen, dem Parlament die ernste Lage zu verschweigen. Das Nordseeabkommen, das der Kaiser der Königin bei seinem Besuch in Amsterdam gewissermaßen als Geschenk mitgebracht habe, habe den Zweck gehabt, die Verstimmung bei der Königin Wilhelmine wieder gut zu machen.

Vom Lesen in der Volksschule.

Wer hätte nicht schon über die Verwüstungen geklagt, die im physischen Leben des Volkes durch das Lesen der Schundliteratur angerichtet werden, wer nicht nach Mitteln zur Abhilfe gerufen? Gewöhnlich denkt man da zuerst an polizeiliche Verbote und ähnliche Schutzmaßnahmen. Sicherer und besser indes wäre es, wenn es gelänge, das Volk gegen diese Art Literatur sozusagen immun zu machen. Wäre der Markt für diese Ware erst nicht mehr so groß, fänden sich nicht immer wieder so zahlreiche Käufer für sie, so würde sie bald verschwinden, weil das Geschäft sich dann nicht mehr rentieren könnte. Soll das erreicht werden, so muß unser Volk literarisch kultiviert werden, und diese Kulturarbeit muß naturgemäß in der Schule beginnen. Wie man das besser als bisher machen könnte, dafür hat der Berliner Lehrer Hübner in einem in der Literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins gehaltenen Vortrage beachtenswerte Fingerzeige gegeben.

Um in der Schule Fähigkeit und Lust zu bildender Lektüre zu entwickeln, meint Hübner, und dadurch den kulturerhebenden Einfluß guter Bücher wesentlich zu fördern, müßten nach den beiden ersten Schuljahren vorwiegend einheitliche Werke — literarische Ganze — gelesen werden und erst in zweiter Linie bildende Zusammenstellungen; von diesen sollten in der Hand der Kinder statt der jetzt gebräuchlichen Lesebücher vor allem eine literarische Sammlung zur allgemeinen Einführung in die Nationalliteratur und ein Reallesebuch als Heimatkunde sein. Das Lesen eines ganzen Buches hätte zu beginnen im deutschen Unterricht mit Grimms Märchen als Klassenlektüre; daneben müßte die Lesefähigkeit vom 5. Schuljahr ab auch durch das ungefähr gleichzeitige häusliche Lesen einiger besonders wertvoller Bücher geübt werden. Auf der Oberstufe wäre der Unterricht in den Realien durch gemeinsame Beschäftigung mit wissenschaftlichen Werken zu ergänzen und zu vertiefen. Diese Anleitung zu selbständiger Weiterbildung durch die Lektüre bedingt Klassenbibliotheken mit der entsprechenden Zahl (1/2 der Frequenz) von Exemplaren der Werke, die für das gemeinsame Lesen gewählt sind. Der Lehrplan hätte jeder Klasse einer Schule (nicht einer Provinz oder eines Staates!) die gemeinsame Lektüre zu bestimmen; nur dadurch würde die Schülerbibliothek zu einem notwendigen und wesentlichen Bestandteil des Schulorganismus. Erst auf der Oberstufe dürften auch Bücher zur Lektüre nach eigener Wahl auszugeben sein. Darum ist in ganz Deutschland eine Vervollkommnung des grundlegenden Lehrplans der Volksschule anzustreben durch Einführung von Bestimmungen über Schülerbibliotheken, damit sie in Zukunft auf die geeignetste Weise eingerichtet und auf die wirksamste Art ausgenutzt werden zu dem Zweck, unser Volk zu befähigen zu literarischem Genuß und zur Selbstbelehrung durch Bücher nach Bedürfnis und Neigung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Nov.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1.14 Uhr.

Am Bundesratsstisch sind erschienen: Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, Unterstaatssekretär Vermuth und Kommissare. Das Haus ist schwach besetzt, die Tribünen sind mäßig besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Dom pesch und Genossen betr. die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Interpellation Albrecht und Genossen betr. Maßnahmen gegen die Folgen der wirtschaftlichen Krisis. Auf eine Anfrage des Präsidenten Grafen Stolberg erklärt sich Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit.

Bei der Begründung der Interpellationen desentrums führt Dr. Pieper (Z.) aus: Eine Arbeitslosigkeit wie die gegenwärtige, ist seit 1902 nicht mehr beobachtet worden. Die Krisis wird auch im Ausland empfunden. Am meisten leidet das Baugewerbe. Zunächst müssen die öffentlichen Körperschaften Abhilfemaßnahmen treffen, auch muß der Frage der Arbeitslosenversicherung nähergetreten werden. Militär- und Marineverwaltung sollten die Arbeiten sofort ausführen lassen, für die die Mittel bewilligt sind, wobei die inländischen Arbeiter den ausländischen vorzuziehen wären. Auch biete sich hier für die Wohlfahrtsvereine Gelegenheit durch Vergabung von Arbeiten einzugreifen. Eine Arbeitslosenzählung sei die Vorbedingung für alle diese Maßnahmen. Die bisher örtlichen Arbeitsnachweise sollten möglichst aufs ganze Reich ausgedehnt werden. Für die auf weitere Entsetzungen überwiegenen Arbeiter sollten Eisenbahnfahrermäßigungen eintreten. Die Wanderarbeitsstätten sollten ausgebaut und die nichtorganisierten Arbeiter durch kommunale Notstandsarbeiten unterfützt werden. Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitern seien eine zweckmäßige Maßnahme zur Verhütung von Arbeitslosigkeit.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation führt Abg. Mollenbuhr (Soz.) aus, die Arbeitslosigkeit, die früher alle Jahrzehnt einmal gekommen sei, jetzt aber nach 6 Jahren sich schon wieder einstelle, sei eine Folge der von den Kapitalisten angestrebten Abgrenzung von Produktion und Konsum. Das Trustwesen habe meist Arbeitseinschränkungen und somit Arbeiterentlassungen zur Folge. Der Redner fragt, ob die Regier-

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten.

Uebertragen: Dem Dr. Alfred Rau in Hamau die Stelle des Vorstands der Anstalt für Gemische Untersuchungen bei der Zentralfelle für Gewerbe und Handel, eine ähnliche Poststellenstelle bei der Telegrapheninspektion Tübingen dem Baumeistermeister Köhler

In den Ruhestand versetzt: Den Postsekretär in gebobener Stellung als Oberpostkassier Hofmann in Waiblingen auf Ansuchen.

Der Gesamtvolksverein Groß-Stuttgart hat eine gut besuchte Plenarversammlung abgehalten, die vom Vorsitzenden Chefredakteur Schmidt mit einem Hinweis auf das große Grubenunglück bei Hamm eröffnet wurde. Nicht bloß Teilnahme wende sich den Betroffenen zu, sondern Hilfe sei notwendig. Er werde deshalb im Lauf des Abends eine Tellerfammlang veranstalten. (Leh. Beifall.) Aber nicht bloß eine Kundgebung der Trauer, sondern auch eine solche der Freude sei am Platz. Der Volksverein habe alles Recht, seiner Freude Ausdruck zu geben darüber, daß Conrad Haushamm die demokratischen Grundsätze in einer Art und Weise vertreten habe, die sogar den Gegnern Hochachtung und Dank abgerungen habe. (Beifall.) Der erste Punkt der Tagesordnung war eine Besprechung der politischen Situation im Reich und der Reichssteuerreform. Ueber die letztere sprach zunächst Chefredakteur Schmidt; er verlangte, daß die Reform mit einem weitaus größeren Satz direkter Steuern herbeigeführt werde und kritisierte mit besonderer Schärfe die Lichtsteuer und die Weinststeuer. Die Situation im Reich beleuchtete Prokurist Nig in kritischen Darlegungen, die mit dem Verlangen schloffen, daß endlich die Sonne der Freiheit aufgehen müsse im deutschen Reich. In einem dritten Referat behandelte Bürgerausschußobmann Dr. Erlanger kommunale Angelegenheiten unter besonderer Betonung der größer gewordenen Pflichten und Aufgaben des Bürgerausschusses unter der neuen Gemeindeordnung. Es wurde angeseigt sein, auch dem Bürgerausschuß Diäten zu gewähren. Nach kurzer Diskussion folgte eine vertrauliche Erörterung über die Bürgerausschuwahlen. Die Sammlung für die von dem Grubenunglück bei Hamm Betroffenen ergab die schöne Summe von 81,10 M. Der Volksverein Degerloch, der bereits 123 Mitglieder zählt, war zur großen Freude zum erstenmal vertreten.

Aus der Volksschulkommission.

Die geistliche Ortschulaufsicht soll bleiben.

In der Volksschulkommission wurde über die verschiedenen Anträge zu Artikel 12 der Volksschulnovelle, der die Artikel 72-79 des Volksschulgesetzes von 1836 neu regelt und von der Ortschulaufsicht handelt, abgestimmt. Es wurden sämtliche zu diesem Artikel gestellten Anträge abgelehnt, zunächst der Antrag Dieder, welcher in der Hauptsache für 5- und mehrklassige Volksschulen einen besonderen Schulleiter bestellt wissen wollte, dann der Antrag Käbel, welcher für mittlere und große Städte das gemeinschaftliche Oberamt in Schulsachen ausschalten will, ferner der Antrag Spät (3.), welcher der Ortschulaufsicht eingeräumten Befugnisse übertragen wissen und außerdem Frauen in die Ortschulbehörde zulassen will; abgelehnt wurde auch der Antrag der Volkspartei, wonach die örtliche Schulpflege dem Gemeinderat zustehen soll, ebenso der Antrag der Sozialdemokratie, der die Schulaufsicht durch den Ortschulrat ohne den Geistlichen ausgeübt sehen will. Auch die Regierungsvorlage selbst fand keine Mehrheit und wurde mit 13 gegen die 2 Stimmen des Bauernbundes abgelehnt. Die Folge dieses Beschlusses, der in der Kommission wohl selbst überraschung hervorgerufen hat und voraussichtlich in der zweiten Sitzung, bestimmt aber im Plenum einer Revision unterzogen werden wird, wäre also die Aufrechterhaltung der geistlichen Ortschulaufsicht im seitherigen Umfang. Die eigentümliche Situation, welche durch diesen Beschluß herbeigeführt worden ist, veranlaßte die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen zu einer Besprechung im unmittelbaren Anschluß an die Kommissionsitzung. — Weiter wurde beschlossen, die Beratung der Artikel 73-80, welche die Zusammensetzung, Wahl und Geschäftsführung der Ortschulbehörde regeln, zurückzustellen.

Hölzern D.A. Weinsberg, 14. Nov. Nachdem Schultze sein Amt wegen vorgerückten Alters niedergelegt hatte, fand jetzt die Neuwahl statt. Gewählt wurde Johann Greiner.

Stuttgart, 13. Nov. Graf Zeppelin und seine Gemahlin sind heute abend 5.32 Uhr mit dem Schnellzug aus Friedrichshafen hier eingetroffen und am Bahnhof von ihrer Tochter, der Gräfin Hela, empfangen worden. Man konnte an des Grafen ermüdetem Gesichtsausdruck doch die großen Anstrengungen ablesen, die hinter ihm liegen. Es fiel auf, daß er beim Aussteigen aus dem Waggon Mühe hatte, sich eines Schemels bedienen mußte und sich nachher beim Gehen stark schonte. Nur mit ganz kleinen Schritten ging er dem Bahnhofsausgang zu, wo das gräfliche Ehepaar und Komtesse Hela ihre Droschke bestiegen und nach der Privatwohnung des Grafen in der Keplerstraße fuhren.

Friedrichshafen, 13. Nov. Graf Zeppelin hat das ihm angebotene Präsidium des Deutschen Luftflottenvereins übernommen.

Nah und Fern.

Zu Verhörungen ist der Hafnermeister Weber in der Gemeindefeuer beim Futterholen vom Gefäß heruntergefallen. Als seine Frau nach ihm sah, fand sie ihn tot auf der Tenne liegen.

In Spraitbach D.A. Gmünd brachte der Diensthof Anton Waldenmaier die linke Hand in die Futterneidmaschine. Sie wurde ihm stückweise, bis auf das Handgelenk zurück abgeschnitten. Es hatte noch die Geistes-

gegenwart, das Gangwerk der Maschine abzustellen und so wenigstens den Arm zu retten.

Auf der Rückfahrt vom Mückmühler Schweine- markt geriet der Lammtwirt Karl Weigle von Roigheim unversehens unter den Wagen und wurde überfahren, so daß er schwerverletzt nach Hause gebracht werden mußte.

Ueber den Mord in Oedernhardt

wird dem „Remstal-Boten“ noch mitgeteilt, daß Wilhelm Bothmann seine ihm erst ein Jahr angetraute Frau nach vorausgegangenem Streit die Stiege hinabwarf und außerdem mit einem Stod den Schädel eingeschlagen hat, so daß der Tod sofort eingetreten ist. Am Freitag nahm die Staatsanwaltschaft die gerichtliche Untersuchung vor. Bothmann ist verhaftet und befindet sich im Amtsgerichtsgefängnis in Waiblingen.

Die Grubentatastrophe in Westfalen.

Die Opfer.

Aus Hamm wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Nachdem die Rettungsarbeiten jetzt vollständig eingestellt sind, kann es als gewiß gelten, daß bei der Katastrophe 360 Bergleute ums Leben gekommen sind. Der Förderer, die Brandtüren, die Türschläge und der Schachteingang sind vermauert, um das Feuer zu ersticken. Es läßt sich nicht übersehen, wann an die Bergung der Leichen gedacht werden kann.

Hamm, 13. Nov. Nach der neuesten Meldung sind bei der Katastrophe 365 Bergleute getötet und 27 verletzt worden. Die bergpolizeiliche Anordnung auf Schließung der Brandtüren und Schachteöffnungen zur Erstickung des Feuers hat große Aufregung in den betroffenen Familien verursacht. Zahlreiche Menschen umstanden die ganze Nacht die Unglücksstätte, weinend und um Hilfe für ihre Angehörigen flehend, die nach menschlicher Berechnung doch alle verloren sind.

Heute wird aus Hamm noch gemeldet: Als gestern Prinz Eitel Friedrich, der im Auftrag des Kaisers nach Hamm gereist ist, an der Unglücksstätte erschien, wurden Rufe der Erbitterung laut. Die Menge nahm eine drohende Haltung an, sang die Arbeitermarfseilaise und verlangte, daß eine schwarze Fahne aufgehißt werde. Die Polizei war vernünftig genug, nicht einzuschreiten, so daß die drohende Revolte vermieden wurde. — Prinz Eitel Friedrich besuchte die Krankenhäuser und empfing eine Deputation von Bergarbeitern, deren Sprecher, Bergmann Pilgrim, verlangte, daß ein Reichsberggesetz geschaffen, vermehrter Arbeiterschutz und verstärkte Kontrolle eingeführt werde. — An der Unglücksstätte spielen sich immer noch entsetzliche Szenen ab. Frauen schreien, man solle sie mit ihren Männern begraben.

In Donaueschingen hat sich der Kaiser von dem Chef des Zivilkabinetts, v. Valentini, Vortrag über die Grubentatastrophe halten lassen.

Präsident Fallieres hat namens der französischen Republik an den Kaiser ein herzlich gehaltenes Beileidstelegramm gefandt.

Gerichtssaal.

Das Urteil gegen Dr. Schüding.

Schleswig, 13. Nov. In dem Disziplinärverfahren gegen den Bürgermeister Dr. Schüding wurde auf 500 Mark Geldstrafe erkannt. — Dr. Schüding wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen, um schon aus prinzipiellen Gründen die Frage zum Austrag zu bringen, inwieweit der Artikel 27 der preussischen Verfassung, der jedem Preußen die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet, auch für Beamte gilt.

Heiteres.

— Rette Aussichten für den kranken Mann. Abdul Hamid: „Der gegenwärtige Allah beschütze meinen Freund Wilhelm! Gegen mich wird er wahrscheinlich auch schon den — Feldzugsplan fertig haben!“

— Wahre Geschichten. Ein Berliner Lehrer weist mit den Kleinsten im Zoologischen Garten und erzählt den Kindern, daß alle Tiere vom lieben Gott geschaffen seien. Der Kleine Paul fragt schüchtern: „Herr Lehrer hat der liebe Gott wirklich alle Tiere gemacht?“ — „Ja, alle!“ — „Auch die Flöhe?“ — „Natürlich mein Junge, auch die Flöhe!“ — Da macht der Kleine ein sehr nachdenkliches Gesicht und sagt langsam: „Au, das muß aber 'ne knibblige Arbeit gewesen sein.“

— Neues Wort. Ein Sohn praktischer Bauersleute, der alljährlich zum Geburtstag ein Dupend Taschentücher zugesandt erhielt, schrieb in diesem Jahre nach Hause: „Liebe Eltern! Seid so freundlich und schenkt mir diesmal keine Sacktüch'ln — ich kann's nimmer er-schneuzen.“

Handel und Volkswirtschaft.

Schlacht-Vieh-Markt Stuttgart.

12. November, 1908.					
	Ochsen	Bullen	Kalbden u. Kühe	Kälber	Schweine
Zugtriebene:	48	14	266	449	526
Verkauft:	58	12	213	449	526
Erlds aus 1/2 Kilo Schlachtgewicht:					
Ochsen, 1. Qual., von — bis —	Rühe, 2. Qual., von 58 bis 68				
2. Qual., „ „ — bis —	3. Qual., „ „ 38 bis 48				
Bullen, 1. Qual., „ 67 bis 69	Kälber, 1. Qual., „ 85 bis 87				
2. Qual., „ 65 bis 67	2. Qual., „ 80 bis 84				
Stiere u. Jungv., 1. „ 81 bis 82	3. Qual., „ 75 bis 77				
2. Qual., „ 77 bis 80	Schweine, 1. „ 74 bis 76				
3. Qual., „ 75 bis 76	2. Qual., „ 72 bis 74				
Rühe, 1. Qual., „ bis —	3. Qual., „ 65 bis 69				

Verlauf des Marktes: Schweine lebhaft, sonst mäßig belebt.

ung nicht einmal die Initiative ergreifen wolle, angeichts der Tatsache, daß Arbeitseinschränkungen und Lohnförungeu weiter um sich greifen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig rund 420.000. Eine Arbeitslosenversicherung ist dringend notwendig. Trotz des Rückganges der Löhne steigen auch noch immer die Lebensmitelpreise. Verschiedene Eisenbahn-, Kanal- und Schulbauten sollten schon jetzt ausgeführt werden. Die gegenwärtige Zeit wäre besonders günstig zur Einführung des Neunstundentages. (Beifall.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Zu meinem Bedauern kann ich keine neuen Mitteilungen geben über das große Grubenunglück. Die über diesen Gegenstand eingebrachten Interpellationen werden Gelegenheit geben, im Reichstag darüber zu verhandeln. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krisis hat im Wesentlichen internationale Ursachen. Sie beruht auf der wirtschaftlichen Depression, die sich in allen Staaten geltend macht. Wir können froh sein, daß der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns nicht so plötzlich und so scharf hervorgetreten ist, wie in vielen anderen Staaten. Am wenigsten günstig sind die Verhältnisse in der Robeizenerzeugung, der Stahl- und Eisenerzeugung, im Baugewerbe, sowie der Kleider- und Wäjäekonfektion. In den meisten Gewerbebezügen scheint eine Besserung der Arbeitsverhältnisse bevorzustehen. Ich habe den Eindruck, daß ein großer Teil der Krisisursachen in Abschwächung begriffen ist. Unsere Geldverhältnisse haben sich zweifellos gestärkt. Im Ausland ist die Zahl der organisierten Arbeitslosen doch größer als bei uns. Eine regelmäßige Arbeitslosenstatistik halte ich für schwierig und wenig zweckmäßig. Wegen die Zahlen vor, dann hat sich die Krisis längst verändert. Die Ausgestaltung der Wanderarbeitsstätten und der Verpflegungstationen wird im wesentlichen Aufgabe der Einzelstaaten sein. Sowohl in der Reichs- wie in der preussischen Verwaltung sind Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit getroffen worden, bevor der Reichstag dazu die Anregung gegeben hat. Für gewisse Arbeiten z. B. Kanalsbauten sind inländische Arbeiter überhaupt nicht zu bekommen. Es gehört zu einer richtigen Politik, daß sie in erster Linie die Industrie und die Arbeiter in ihrer Leistungsfähigkeit erhält. Unsere Wirtschaftspolitik ist bezüglich unseres Außenhandels bemüht, dieses Ziel durch günstige Handelsverträge zu erreichen. Unsere Inlandspolitik ist bestrebt gewesen, den inneren Markt zu heben. Wenn wir an diesen Grundfragen festhalten, dann werden wir die Wirkung solcher Krisen abschwächen.

Auf Antrag des Abg. Singer wird die Besprechung der Interpellationen beschlossen.

Strahmann (natl.) bestritt das Vorhandensein einer allgemeinen dauernden Krisis. Auf dem Weltmarkt habe man in Japan einen neuen Konkurrenten bekommen. Die Handelsverträge haben zur Hochkonjunktur geführt und auch die Arbeiter haben ihren Vorteil davon gehabt. Die sofortige Einführung des Neunstundentages läßt sich mit dieser Frage nicht in Verbindung bringen. Wir haben schon viel erreicht. Mehr wird erreicht werden müssen namentlich hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung, der Witwen und Waisenfürsorge.

Carstens (fr. Bp.): Wir wünschen auch die Arbeitslosenversicherung. Die Unternehmer sind im letzten Jahrzehnt wesentlich sozialer geworden, die Arbeiterschaft aber erheblich unternehmerfeindlicher. Auch wir befürchten, daß die Tabakbanderole weitere Arbeitslosigkeit mit sich bringen wird.

Henning (konf.) spricht den Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute die Sympathie seiner Partei aus, warnt vor einer Reichsarbeitslosenversicherung und empfiehlt die Gründung von Koststandslassen.

Gothein (fr. Bgg.) wünscht, daß Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die Not der Arbeiter durch Beschäftigung in ihren Betrieben zu lindern suchen. Morgen vorm. 11 Uhr Fortsetzung und Petitionen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Tages-Chronik.

München, 13. Nov. Die Verhandlungen, welche seit längerer Zeit zwischen den deutschen Staatsbahnverwaltungen geführt werden, um eine Güterwagengemeinschaft herbeizuführen, scheinen, wie uns der bayerische Verkehrsminister mitteilt, demnächst zu einem erfolgreichen Abschluß zu gelangen, und zwar in der Art, daß im Wege der Vereinbarung zwischen den deutschen Eisenbahnverwaltungen auch Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden dem preuß. Staatsbahnwagenverband beitreten.

Berlin, 13. Nov. Am Donnerstag nächster Woche wird der Reichskanzler im Reichstag die Finanzreform persönlich einbringen.

Berlin, 13. Nov. Das Zentrum hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seines Stellvertreters, sowie das zur Selbstmachung dieser Verantwortlichkeit einzuhaltende Verfahren regelt.

Luxemburg, 13. Nov. Die Großherzogin Maria Anna ist in der heutigen Kammer Sitzung zur Regentin ernannt worden.

Le Mans 13. Nov. Wilbour Wright gewann heute nachmittag den Höhenpreis von 1000 Fr., indem er sich 60 Meter über den Erdboden erhoben hatte.

Rom, 13. Nov. Bei dem heutigen Empfang der deutschen außerordentlichen Gesandtschaft im Vatikan überreichte der Führer der Gesandtschaft, v. Schotlemer, dem Papst ein Handschreiben des Kaisers. Der Papst dankte herzlich. Er lud alsdann die Mitglieder der Gesandtschaft zu sich in seine Privatgemächer, wo er sich freundlich mit ihnen unterhielt.

Newyork, 13. Nov. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Peking wurde dort ein kaiserliches Edikt bekanntgegeben, wonach Prinz Chun zum Regenten proklamiert wird. Prinz Chun ist ein Bruder des Kaisers. Der Sohn Chuns, Puwei, ist der mutmaßliche Thronerbe. Der sterbende Kaiser wurde heute nachmittag in die Sterbekammer der „Verbotenen Stadt“ gebracht.



Telegramm.

Donauessingen, 15. Nov., mittags.

Der General-Adjutant des Kaisers, Graf Hülsen-Häseler, wurde gestern abend von einem Schlaganfall betroffen und war sofort tot.

Aus Stadt und Umgegend

E. Weshalb sind wir keine Sozialdemokraten?
Dieses hochaktuelle Thema hatte der Arbeiterverein für den gestrigen Vortrag im Hotel Palmengarten gewählt. Bedauerlicherweise zeigte sich wieder ein ziemlich flauer Besuch, schon das Thema allein hätte mehr Aufmerksamkeit seitens der hiesigen Einwohnerschaft verdient. Wir lernten in dem Vortragenden, Herrn August Sprenger aus Tuttingen einen silbergedienten Redner kennen, der das schwierige Thema mit erstaunlicher Beidrigkeit zu beherrschen wußte. Nachdem die Versammlung eröffnet worden war, wurde Herr Spr. das Wort erteilt, der nach kurzer Einleitung folgendes ausführte:

I.
Die Sozialdemokratie ist zusammengesetzt aus sozialistischen und demokratischen Elementen. Die demokratischen Forderungen der Partei sind rein politische Zweckmäßigkeitsfragen, sind im gewissen Sinne Nachfragen. Diese politischen Nachfragen haben mit Wissenschaft gar nichts zu tun. Aber das andere Grundelement der Sozialdemokratie, ihr Sozialismus, ist eine Forderung wirtschaftlicher Art, die in durchaus wissenschaftlicher Form und Methode begründet und aufgestellt worden ist. Sehen wir uns den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus einmal an.

Ich werde mich bemühen, eine völlig objektive Darstellung desselben zu geben, und bitte um Entschuldigung, wenn ich mich dabei an mein Manuskript halten muß.

Der wissenschaftliche Sozialismus

wurde begründet durch Karl Marx und Friedrich Engels. Ich gebe in kurzen Strichen die Hauptgedanken desselben wieder, wie sie im kommunistischen Manifest, in den Werken der beiden Denker, namentlich in dem Lebenswerke von Marx, dem „Kapital“, zu Tage treten.

Die ökonomische Entwicklung geht folgendermaßen vor sich: Die menschliche Gesellschaft befindet sich in einer unaufhörlichen Wandlung. Die materiellen Interessen sind die Triebkräfte dieser Entwicklung vom weniger Vollkommenen zum Vollkommeneren, welche Entwicklung bestimmten Gesetzen unterworfen ist. Auf dem ökonomischen Unterbau der Gesellschaft erhebt sich der Ueberbau ihrer gesamten Kultur. Die Produktivkräfte, die den Unterbau bilden, sind in der Weiterentwicklung stets voran, während die Umgestaltung des Oberbaus zurückbleibt. Zwischen dem materiellen und geistigen Leben bilden sich Gegensätze, die besonders im rechtlichen Leben hervortreten. Diese Gegensätze werden immer schroffer, bis endlich die Rechtsordnung eine Umgestaltung erfährt, die der vollkommeneren Produktionstechnik angepaßt ist. In der Gestalt von sogenannten Klassenkämpfen spielt sich die Geschichte der Menschheit ab.

Diese Geschichtsphilosophie ist die materialistische Geschichtsauffassung, deren Vater Karl Marx und deren Geburtshelfer Friedrich Engels ist. Diese Geschichtsauffassung leugnet den Einfluß großer bedeutender Männer auf den Gang der Geschichte vollständig und schildert ihr Wirken nur als Verkörperung von Massenwünschen und Massentrieben. Sie bezeichnet Kunst, Religion, Politik nur als Reflexe der jeweiligen Produktionsverhältnisse. Diese materialistische Geschichtsauffassung ist das Grundgesetz, ist das Fundament, auf dem sich die Marxsche Untersuchung der ökonomischen Entwicklungsgeetze der heutigen Zeitperiode aufbaut. (F. f.)

* Das langjähr. ehem. Mitglied des Kurorchesters, Herr Hermann Fritsche, ist am Freitag morgen in Urbach im

Harz sanft entschlafen. Was für ein reges Interesse der Verstorbene an Wildbad nahm, beweist uns, daß er während seines Hierseins sowohl wie während seiner Abwesenheit ständiger Abonnent unseres Blattes war.

* Die ordentliche Generalversammlung der Bezirks-Krankenkasse Neuenbürg findet am Sonntag, den 22. November ds. Jrs., nachm. 2 1/2 Uhr auf dem Rathaus in Neuenbürg statt.

Herrenalb. Am Donnerstag, den 19. Novbr., vorm. 10 Uhr findet hier selbst auf dem Rathaus ein Brennholz-Verkauf aus Staatswald Oberer Ecklopf, Steinfriedberg, Lärchenlopf und vom Scheidholz der Guten Gais- und Rotenlopf: 13 Am. Laubholz-Ausschuhholz, 583 Am. Nadelholz-Ausschuhholz.

Standesbuch-Chronik der Stadt Wildbad vom 7. Nov. bis 14. Nov. 1908.

Geburten:

6. Nov.	Haag Adolf Friedrich, Holzhauer in Sprollenhauß, 1 Tchter.
9. Nov.	Baufert Karl Wilhelm, Holzhauer hier, 1 Sohn.
Todesfälle:	
7. Nov.	Gauß Johann Georg, Holzhauer in Nonnenmisch, und Holz Friederike von Michelberg.
7. Nov.	Gezel Johannes, Schreiner hier, und Hammer Wilhelmine Marie hier.
7. Nov.	Gänthner Ernst Karl Friedrich, Schlosser in Untertürkheim und Zwick Marie Helene von Pflingen.
Aufgebote:	
13. Nov.	Fischer Gustav Karl Friedrich, Tapezierer hier, und Schötle Anna, Stuarbeiterin in Pforzheim.
Todesfälle:	
8. Nov.	Gäthler Hermann Walther, Sohn des Maschiners Karl Friedrich Gäthler hier, 7 Tage alt.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur E. Reinhardt, hiesig.



Todes-Anzeige.

Freitag morgen 8 1/2 Uhr erlitt ein jünger Tod meinen lieben Bruder, unsern guten Onkel, den Musiker

Hermann Fritsche

aus seinem irdischen Dasein.

Ehre seinem Andenken!

Louis Fritsche II
Landwirt.

Beerdigung heute mittag 12 Uhr in Urbach im Harz

Verlottert

wird in kurzer Zeit Ihr Schutzzeug sein, wenn Sie es nicht von Zeit zu Zeit mit **Tranolin** einsetzen. Es ist das beste Schutzmittel und macht das Leder wasserdicht, weich und dauerhaft.

Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**

Persil

das beste existierende Waschmittel, dessen enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Entzügen der Hausfrauen hervorruft. Weil solche wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten manche Hausfrauen, daß Persil der

Wäsche

schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen haben sich durch fortgesetzten Gebrauch von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die Wäsche schont. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

Alleinige Fabrikanten:

Henkel & Co., Düsseldorf

• auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Gothaer Lebens-Versicherungsbank a. S.

Anfang Aug. 1908:
Bestand an eigentlichen Lebensversicherungen 968 Mill. Mark.
Bisher ausgezahlte Versicherungssummen 521 " "
gewährte Dividenden 250 " "

Die stets hohen Ueberschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.

Unverfallbarkeit Unaufsichtbarkeit Weltpolice von vornherein, nach 2 Jahren, nach 2 Jahren.

Prospekte und Auskunft kostenfrei durch den Vertreter der Bank: **Aug. Schmid, Bern. Aktuar, Wildbad.**

Pferde-Decken

in großer Auswahl
Phil. Bosch.

Ausverkauf

Wegen Aufgabe unsers Geschäfts geben wir unser

Warenlager

in Ellen-Weiß-Wollwaren u. Konfektion zu bedeutend ermäßigten Preisen ab und bitten um geneigte Abnahme.

Geschwister Kiefer
aus Pöppingen.

Filiale im Gasthaus zum Adler in Calmbach.

Bezirkskrankenk. Neuenbürg

Die gemäß § 52 Ziff. 1 des Statuts vorzunehmende ordentliche General-Versammlung

findet am Sonntag, 22. November 1908, nachm. halb 3 Uhr auf dem Rathaus in Neuenbürg statt.

- Tages-Ordnung
1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung pro 1908.
 2. Ergänzungswahl des Vorstands.
 3. Sonstiges.

Hierzu sind die Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.
Der Kassenvorstand.
Vorstehender G. Neeh.

Nur **Leopold** Strasse ist jetzt das Eisen- und Ofen-Lager
No. 11 von **H. Kilsheimer Nachf., Pforzheim**

Sie sparen am rechten Ende

wenn Sie „billige“ Nachahmungen zurückweisen. Seit etwa 20 Jahren genießt die allein echte **Maggi-Würze** mit dem Kreuzstern das Vertrauen aller Hausfrauen u. Fachleute, weil sie hält, was sie verspricht.
Das Beste ist stets das Billigste!

Villa Carmen.
Die von Herrn Dr. Laner seit ca. 4 Jahren inne gehabte

Wohnung

bestehend aus 4 bezw. 5 Zimmern, 2 geschlossenen Veranden samt Zub. wird bis 1. April event. 1. Januar frei.

Reflektanten belieben sich an mich zu wenden.

Ernst Schaeffler.

Ev. Kirchenchor

Heute abend

Singstunde

Damen 8 Uhr, Herren 8 1/2 Uhr.

Schöne Geschenk-Cartons Toilet-Seife

von 0,75 Mk. an, sowie eine große Auswahl in billigeren und besseren Parfums empfiehlt billigt

Hans Grundner,
Drogerie und Sanitätsapar.

Goldwaren- Uhren.



Kauft man nur bei **Jacob SENIOR**

BERLIN 26 Friedenstraße

weil billiger als irgendwo

bei **Ratenzahlung** kein Preisaufschlag.

Illustrirte KATALOGUE

überallhin portofrei

Alle Sorten

Futter-Artikel

Welschkorn, Welschkornmehl, Gerste etc. sind wieder eingetroffen und empfehle solche billigt. **Bäcker Bedtke.**

Gut forschende **Erbsen und Linsen** empfiehlt **Ch. Batt.**